

14. Juni 2007  
11:05 MESZ

## **SPÖ erhöht Druck auf "Wiener Zeitung"-Chefredakteur Unterberger**

Dienstvertrag an Medien lanciert - Unterberger: "Man will mich als Nehmer und Faschisten diskreditieren." - Bundeskanzleramt beschwichtigt

---

Mit einer Nadelstichtaktik erhöht die SPÖ den Druck auf den Chefredakteur der "Wiener Zeitung", Andreas Unterberger. Der frühere "Presse"-Chefredakteur wurde noch unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (V) als redaktioneller Leiter des offiziellen Organs der Republik engagiert. In der inzwischen zur Kanzlerpartei avancierten SPÖ ist der konservative und wirtschaftsliberale Journalist höchst umstritten, von Teilen der Partei wird offen Unterbergers Ablöse gefordert. Jüngster Höhepunkt: Unterbergers Dienstvertrag wurde dem Wochenmagazin "News" zugespielt.

### **"Traumvertrag"**

In einem Artikel in der jüngsten Ausgabe des Magazins werden Details aus Unterbergers "Traumvertrag", wie "News" schreibt, genüsslich ausgebreitet. Der Chefredakteur der "Wiener Zeitung" wird dabei ins Privilegieneck gedrängt. Tatsächlich handelt es sich um einen marktüblichen Vertrag ohne besondere Extras.

Unterberger zeigte sich auf Anfrage der APA "fassungslos". Wer die Details an die Öffentlichkeit gespielt hat, darüber wollte er nicht spekulieren. "Ich prüfe aber eine Strafanzeige wegen Datenschutzverletzung." Seines Wissens nach liege der Vertrag außerhalb der "Wiener Zeitung" nur im Bundeskanzleramt auf. Ob Kanzler Gusenbauer und die SPÖ Unterberger, dessen Vertrag noch bis April 2010 läuft, loswerden wollen? "Das ist eine spekulative Vermutung. Gusenbauer hat das aber weder direkt noch indirekt signalisiert." Grundsätzlich habe aber jeder Eigentümer das Recht, sich seinen Chefredakteur selbst auszusuchen. Enttäuscht und verärgert zeigt sich Unterberger aber über das laufende "Mobbing" gegen seine Person. "Man will mich als Nehmer und Faschisten diskreditieren."

### **Bundeskanzleramt beschwichtigt**

Im Bundeskanzleramt ist man um Beschwichtigung bemüht. Gusenbauer-Stimme Stefan Pöttler weist die Sichtweise zurück, wonach man den Chefredakteur der "Wiener Zeitung" loswerden wolle. Auch mit der Veröffentlichung des Dienstvertrags Unterbergers will man im Umfeld des Kanzlers nichts zu tun haben. Pöttler verweist auf die Wiener Zeitung GmbH als Vertragspartner.

Die inhaltliche Kritik am Kurs der "Wiener Zeitung" ging unterdessen auch am Mittwoch weiter. Aktueller Anlass: Eine Kolumne, in der angeblich die Abschaffung des Wahlrechts der älteren Generation gefordert wird. Für Sozialminister Erwin Buchinger (S) trägt Unterberger dafür die "volle Verantwortung". Es ist "nicht hinnehmbar, dass im offiziellen Organ der Republik Österreich das Wahlrecht einzelner Gruppen in Frage gestellt wird". Der Sozialminister forderte deshalb zumindest eine "deutliche Entschuldigung" von Unterberger.

Vergangene Woche hatte bereits die Sozialistische Jugend (SJ) Unterbergers Ablöse gefordert. Die SPÖ hat darüber hinaus angekündigt, die Prozesskosten für den Verein Gedenkdienst übernehmen zu wollen, der

von Unterberger wegen "kreditschädigender Aussagen" geklagt wird. (APA)

---

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.